



Gishan F. Schaeren.
PD

«Identität darf nicht zerstört werden»

NATIONALRAT Gishan F. Schaeren will für die CSP in die Grosse Kammer. Der Leiter Fachbereich Ur- und Frühgeschichte im Amt für Denkmalpflege und Archäologie des Kantons Zug ist verheiratet und hat zwei Töchter im Alter von 12 und 14 Jahren. Im vergangenen Jahr kandidierte der Oberwiler für den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Der 45-Jährige liest gerne und bezeichnet sich als Cineast.

Sie sind ein Politneuling und wollen trotzdem in den Nationalrat.

Gishan F. Schaeren: Ich war zwar immer ein politischer Mensch, aber als Politiker bin ich tatsächlich ein Neuling. Ich bin der Meinung, dass in Bern mehr als nur eine Sichtweise aus Zug vertreten sein muss.

Im Klartext: Sie kandidieren, um den linken Sitz zu verteidigen.

Schaeren: Grundsätzlich ja, und ich möchte durch meine Kandidatur der Stimmbevölkerung eine Auswahlmöglichkeit bieten.

Wofür stehen Sie ein?

Schaeren: Seit zehn Jahren wohne ich im Kanton Zug. Für junge Familien ist es immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung, geschweige denn ein bezahlbares Eigenheim zu finden. In den vergangenen Jahren sind unzählige Freiflächen verschwunden. Die Entwicklung des Lebensraums geht rasch voran: Die alten Dorfbilder verschwinden fast gänzlich, werden modernisiert; das ist unter anderem in Steinhausen und Baar gut er-



23. Oktober 2011

National- und Ständeratswahlen

sichtlich. Der historische Hintergrund unserer Gemeinden ist somit immer weniger zu sehen. Das heisst nicht, dass Modernität keinen Platz haben soll. Aber die Identität von Zug darf nicht leichtfertig zerstört werden.

Nebst der Raumplanung interessieren Sie sich auch für Energiefragen.

Schaeren: Ich dränge auf einen Ausstieg aus der Atomenergie – und zwar auf einen Ausstieg ohne Hintertür. Die Schweiz muss eine möglichst effiziente Nutzung von erneuerbaren Energieträgern anstreben. Vor nicht allzu langer Zeit waren wir, gerade in der Entwicklung von Solarzellen, noch an vorderster Front. Nun aber haben uns andere Länder längst überholt. Hätten wir schon vor zehn Jahren das Geld, das wir seither für die Atomenergie ausgegeben haben, in solche Technologien und deren Entwicklung gesteckt, wären wir schon viel weiter.

Was halten Sie davon, dass die Nationalbank einen Euro-Mindestkurs festgelegt hat?

Schaeren: Diese Massnahme ist sinnvoll und gerechtfertigt. Es gibt Modellrechnungen, die aufzeigen, dass ein solcher Schritt nicht einfach zu hohen Verlusten führt. Sicherlich wird dieser Mindestkurs die Nationalbank und uns etwas kosten. Aber für den Werkplatz Schweiz wäre die Lage noch viel dramatischer, wenn der Euro weiterhin so schwach bewertet wäre.

YVONNE ANLIKER
yvonne.anliker@zugerzeitung.ch

HINWEIS

► In dieser Rubrik stellen wir sämtliche Nationalratskandidaten vor. ◀

Auch Zugs Politiker werden aktiv

KULTURLASTENAUSGLEICH
Der Druck auf Luzern wächst. Denn nach Schwyz wollen nun Zuger bestehende Konkordate hinterfragen.

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Vor drei Jahren stimmten die Zuger mit 58 Prozent dem Kulturlastenausgleich vergleichsweise klar zu. Die SVP hatte das Referendum ergriffen, nachdem die Vorlage schon vom Parlament und vom Gesamtregierungsrat befürwortet worden war.

Nach dem Streit um verschiedene Konkordate in der Zentralschweiz beschloss letzte Woche der Schwyzer Kantonsrat den Ausstieg aus dem Konkordat über den Kulturlastenausgleich (wir berichteten). Ein Entscheid, der nun auch in Zug zu Reaktionen führt.

«Freiwillige Zahlungen einstellen»

«Ich gratuliere Schwyz zum Entscheid des Ausstiegs aus dem Konkordat», sagt FDP-Kantonalpräsident Andreas Kleeb, relativiert aber, dass er in dieser Frage nicht die Meinung der Partei vertritt. Für ihn ist klar: «Die freiwilligen Zahlungen an unzuverlässige Partner müssen gestoppt werden.» Er habe nichts

gegen Kultur, betont Kleeb. Das Geld könne aber gut in Zug oder bei einem anderen verlässlichen Partner, wie zum Beispiel Schwyz oder Zürich, eingesetzt werden. «Ich hoffe nun einfach, dass



«Gratuliere Schwyz zum Entscheid.»

ANDREAS KLEEB,
FDP-KANTONALPRÄSIDENT

man in Luzern realisiert hat, was in den anderen Zentralschweizer Kantonen abgeht.»

SVP-Fraktionschef Moritz Schmid reagiert gar mit einem Vorstoss im Kantonsrat: «Ich habe die Interpellation bereits geschrieben, muss sie nun noch überarbeiten und werde sie diese Woche einreichen», erklärt der Walchwiler. Darin verlange er von der Regierung eine Auslegeordnung in Sachen Konkordaten, präzisiert Schmid. «Wir müssen ja nicht «tröteln», aber ich will

wissen, welche Konkordate eingegangen worden sind und welche noch ratifiziert werden müssen.» Je nach Antwort, betont Schmid, werde er die Sache auf sich beruhen lassen oder aber eine Motion einreichen. «Zum Beispiel eine, die ebenfalls den Ausstieg aus dem Konkordat zum Kulturlastenausgleich verlangt.»

Volk hat zugestimmt

Parteikollege Stephan Schleiss ist seit Jahresbeginn für die Kultur im Kanton Zug verantwortlich und gibt zu bedenken: «Fakt ist, dass das Volk dem Kulturlastenausgleich zugestimmt hat.» Darum habe er sich schon als Kantonsrat dagegen gewehrt, den Volksentscheid nach so kurzer Zeit in Frage zu stellen, als dies nach der Abstimmung ein erstes Mal thematisiert wurde. Und was hält er heute von der Idee? «Der Kantonsrat ist der Chef. Wenn er einen Auftrag überweist, so hat der Regierungsrat diesen zu behandeln», schaut Bildungsdirektor Schleiss der Interpellation von Schmid oder einer allfälligen Motion entgegen.

Auch CVP-Fraktionschef Martin Pfister will den Volksentscheid nach der «kurzen Zeit» nicht in Frage stellen. Persönlich steht er ohnehin hinter der Kulturvereinbarung: «Es macht keinen Sinn, die Tophäuser in Luzern und Zürich zu konkurrenzieren.» Ausserdem würden sich Signale und Bemü-

hungen aus Luzern mehren, die auf Verständnis Luzerns und eine Verbesserung in der Zusammenarbeit schliessen lassen würden. «Darum sehe ich auch keine Dringlichkeit, ein anderes Konkordat aufzukündigen», sagt Pfister.

Schwyz habe wohl so drastisch reagiert, weil der Kanton von der Aufkündigung des PHZ-Konkordats weit stärker betroffen gewesen sei als Zug. «Die Frage ist, was wir erreichen wollen», schaut der Baarer in die Zukunft. Sein Ziel sei jedenfalls eine bessere Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone. Denn für ihn sei klar: «Zug, Luzern und alle anderen beteiligten Kantone können von einer Zusammenarbeit profitieren.»

Gemeinsame Interessen

Wichtig ist Pfister auch, dass das neue Fachhochschulkonkordat nicht gefährdet wird – auch wenn er dessen Ausgestaltung noch genau prüfen will. «Unser gemeinsamen Interessen dürfen nicht gefährdet werden», bekräftigt Pfister. «Ich hoffe sehr, dass wir den konstruktiven Pfad wiederfinden.»

Absolut keinen Handlungsbedarf in Sachen Kulturlastenausgleich sieht auch Stefan Gisler, Fraktionschef der Alternativen: «Das Zuger Stimmvolk hat dazu Ja gesagt, und es gibt keinerlei neue Erkenntnisse, die eine Änderung notwendig machen.»

In die Höhe zu gehen, reicht nicht aus



Hans Naef (von links), Lukas Bühlmann, Martina Kühne, Andi Scheitlin, Heinz Tännler und Rosmarie Müller diskutierten im Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug.

Bild Werner Schelbert

ZUG Wie leben wir in 40 Jahren? Ganz sicher nicht alle in Hochhäusern – so lautet das Fazit einer Podiumsdiskussion.

Wir werden immer mehr, wir werden immer mobiler, wir brauchen mehr Raum und Fläche. Pro Sekunde wird heute in der Schweiz ein Quadratmeter Land verbaut; pro Tag sind das zehn Fussballfelder. Das waren die einleitenden Worte an der gestrigen Veranstaltung der Zuger Wirtschaftskammer. «Wird Zug also zum zweiten Hongkong?», fragte Unternehmer Adrian Risi, der im Namen des Branchenausschusses Dienstleistungen einlud. «Wir stehen vor diversen Herausforderungen», ergänzte der Zuger Kantonsplaner René Hutter in seinem Einstiegsreferat: Wo soll die Schweiz wachsen, wie ist mit der Zuwanderung umzugehen, wo und wie wird verdichtet, wie hält da die Infrastruktur mit?

Nicht übertreiben

Es standen also viele Fragen im Raum, als die fünf Podiumsteilnehmer unter

der Moderation von Rosmarie Müller, Dozentin für Architektur und Städtebau an der Hochschule für Technik Rapperswil, die Bühne betraten. Nicht alle wurden beantwortet; auch deshalb nicht, weil keiner in die Kristallkugel blicken wollte. Eines kann aber zusammengefasst gesagt werden: Die Frage, die der Veranstaltung den Titel gab – «Wohnen

«Es ist fraglich, ob Hochhäuser für eine Verdichtung sinnvoll sind.»

LUKAS BÜHLMANN

wir im Jahr 2050 alle in Hochhäusern?» –, wurde mehrheitlich mit Nein beantwortet. «Weil das Bauen in die Höhe in Zug Grenzen hat», sagte der Zuger Baudirektor Heinz Tännler. Würden immer mehr Hochhäuser geplant, «könnte die politische Stimmung kippen». Im Klartext: Die notwendigen Bebauungspläne würden wohl keine Mehrheiten mehr finden. Gar nicht überzeugt von

Hochhäusern ist Lukas Bühlmann, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung. «Weil es fraglich ist, ob diese für eine Verdichtung wirklich sinnvoll sind.» Es gebe andere Möglichkeiten, damit mehr Menschen in einer Stadt wie Zug leben könnten. Blockrandbebauungen beispielsweise. Bühlmann kam auch auf «gehortetes Bauland» zu sprechen. Also auf Liegenschaften in Bauzonen, oftmals in der Nähe der Stadt- oder Dorfmitte, die von den Eigentümern nicht bebaut würden.

Keine Solitärbauten

Für Andi Scheitlin machen Hochhäuser zur Verdichtung vor allem dann Sinn, wenn sie nicht als Solitärbauten entstehen, sondern in Gruppen arrangiert werden. «Es braucht innerhalb der Verdichtung nochmals eine Verdichtung», sagte der Architekt, Partner der Scheitlin-Syfrig-Architekten aus Luzern, die für die Bossard-Arena und das Uptown verantwortlich zeichnen. Hans Naef von der Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG wiederum thematisierte die wirtschaftlichen Aspekte eines Hochhauses. Würden nur Wohnungen entstehen, sei es für Investoren erst ab einer Höhe von 60 Metern

interessant, sagte er. Für Martina Kühne, Wirtschaftswissenschaftlerin am Gottlieb Duttweiler Institute muss vor dem Bau eines Hochhauses die Frage beantwortet werden, wer oder was darin einziehen soll. «Es entstehen wohl kaum Wohnungen für Familien mit vielen Kindern», sagte Bühlmann. Vielmehr würden Doppelverdiener-Pärchen einziehen oder die Wohnungen als Zweitresidenzen genutzt. «Hochhäuser sind kein geeigneter Ort für Familien», ergänzte Naef, der zu bedenken gab, dass in vielen Städten der Anteil an Einzelhaushalten rasant zunehme. «Wir haben also oftmals für viele Leute den falschen Wohnraum.»

Sollten Familien also gar nicht mehr in der Stadt wohnen? Oder anders gefragt: Ist es in Ordnung, wenn Zuger aus dem Kanton ziehen müssen, weil sie es nicht mehr vermögen, hier zu wohnen? «Diese Fragen muss die Gesellschaft beantworten», sagt Kühne. Wenn nun die Vielfalt an Bewohnern ein Qualitätsmerkmal einer Stadt sei, dann gelte es Massnahmen zu ergreifen, dass möglichst viele hier wohnen bleiben könnten. Mit oder ohne Hochhäuser.

YVONNE ANLIKER
yvonne.anliker@zugerzeitung.ch